Peter Beier, Missionarische Gemeinde in sozialistischer Umwelt. Die Kirchentagskongreßarbeit in Sachsen im Kontext der SED-Kirchenpolitik.(1968–1975). Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1999. XII, 514 S., 2 Abb. (= Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B: Darstellungen, Bd. 32)

Während der Leipziger Kirchentag des Jahres 1989 und seine Bedeutung für die sogenannte „Wende" allgemein bekannt sind, ist die eigentliche Kirchentagskongreßarbeit – eine Besonderheit der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens – nur Insidern ein Begriff. Der Autor schildert in seiner auf Aktenüberlieferung und Zeitzeugeninterviews fußenden Studie die Kirchentagskongreßarbeit als Anstoß für Neuerungen innerhalb der sächsischen Landeskirche. Sie entwickelte sich als „prozessuales Geschehen" aus immer neuen Behinderungen. Zugrunde lag das Verständnis von Kirche als „Kirche für die anderen". Sie brauchte mündige Laien, die sich – in Gruppen zusammengeschlossen – Aufgaben widmeten, die über die Gemeinde hinauswiesen. Äußerer Anstoß zur Entstehung der Kirchentagskongreßarbeit war die durch den Mauerbau bewirkte, rasch „zunehmende Ausgrenzung der Ostdeutschen" (S. 25) aus der Verantwortung für den Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT). Obwohl er seine Funktion als „Klammer zwischen Ost und West" in den 1960er Jahren verlor, hielt das Präsidium-Ost unter dem stellvertretenden DEKT-Vorsitzenden und sächsischen Synodalpräsidenten Reimer Mager formal an der Einheit fest: 1963 fanden parallel zum Dortmunder Kirchentag drei Kirchentagstreffen statt. Staatlicherseits wurde für das Zwickauer Kirchentagstreffen selbst der Verkauf von Bockwürsten verboten (S. 69). Der sächsische Landeskirchentag 1968 „1000 Jahre Meißner Dom" in Dresden und Meißen nahm als Folge staatlicher Restriktionen Kongreßelemente auf. Jugendgottesdienste und Foren, die auch traditionelle Gemeindestrukturen hinterfragten, wiesen den Weg für zukünftiges Arbeiten. So wurden die Kongresse mit ihrer schrift- und situationsbezogenen Gruppenarbeit zur prägenden Form der sächsischen Kirchentagsarbeit. Beier erwähnt auch kritische Momente, z.B. die nur begrenzte Gemeinschaft mit dem Görlitzer Landesausschuss. Mit dem Konzeptionswechsel des Dresdner Kirchentages 1975 endet die durch einen chronologischen Überblick und einen Dokumentenanhang abgerundete Arbeit. Zu vertiefen bleibt die Frage nach den bleibenden Auswirkungen der Kirchentagskongreßarbeit.

Dresden Carlies Maria Raddatz

Anke Silomon, Synode und SED-Staat. Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Görlitz vom 18. bis 22. September 1987. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1997. 458 S. (= Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 24)

Die im Auftrag des Rates der EKD entstande Studie versteht sich als eine „mikroskopische Detailanalyse" zur Klärung des umstrittenen Verhältnisses von Staat und Kirche in der DDR. Sie will an einem konkreten Fallbeispiel, der Bundessynode 1987 in Görlitz, die Beziehungen und die Einflußnahme von Partei und Staat auf die evangelische Kirche exemplarisch darstellen. Das Beispiel ist gut gewählt: Die Görlitzer Synode faßte nach langem Tauziehen den Beschluß „Bekennen in der Friedensfrage", während sie gleichzeitig den ebenfalls von Propst Falcke eingebrachten Antrag „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung" ablehnte,

der für mehr Reisefreiheit eintrat. Vorbereitung und Verlauf der Synode werden, gestützt auf Archivbestände und ausführliche Interviews mit Zeitzeugen, detailliert geschildert, so daß ein plastisches Bild entsteht. Die Arbeit enthält ferner einen umfassenden Dokumentenanhang und kurze Biogramme zu den handelnden Personen (die Eintragungen sind allerdings, was den Dokumentenanhang anbetrifft, wohl aufgrund eines technischen Fehlers lückenhaft).

Die Studie trägt zweifellos viel zur Erhellung der Situation bei. Die entscheidende Frage, wieweit der Einfluß von Partei und Staat denn tatsächlich reichte, vermag sie allerdings nur in groben Zügen zu beantworten. Denn das Wirken der Staatssicherheit bleibt merkwürdig unterbelichtet. So werden wichtige Inoffizielle Mitarbeiter (IM) im Staatssekretariat für Kirchenfragen (Hans Wilke, Horst Dohle) dem Leser nicht hinreichend vorgestellt. Auch daß der Referent für Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes Dresden (Gerhard Lewerenz) eifrig der Staatssicherheit zuarbeitete, erfährt der Leser erst spät. Dasselbe gilt für die Schilderung der Synode. Sofort, nachdem Falcke seinen umstrittenen Antrag begründete hatte, meldete sich der Vizepräses der EKU-Synode Wolfgang König mit einer flammenden Gegenrede zu Wort. Doch, daß er dem MfS als IM „Domino" eng verbunden war, geht aus der Darstellung erst hundert Seiten später hervor. Ebenso bleibt die dicke Akte des damaligen Präses der Mecklenburgischen Landessynode Wahrmann ausgespart, der als ehemaliger Präsident der Bundessynode (1977–1985) durchaus über Einfluß verfügte. Seine MfS-Verstrickung wird nur im Biogramm verzeichnet, dasselbe gilt für den IM „Antonius", der dem Präsidium der Bundessynode angehörte. Nicht einmal erwähnt ist hingegen die IM-Registrierung des Präses der Greifswalder Synode Affeld. Andere belastete Oberkirchenräte, die in die Vorbereitung und Auswertung der Synode eingeschaltet waren, wären zu nennen. In dieses Schema fügt es sich ein, daß selbst die bekannt-kontroversen Fälle Stolpe und de Maizière nicht diskutiert werden, obwohl beide auf der Synode, wie aus der Darstellung deutlich hervorgeht, eine bedeutende Rolle spielten. Auch hinsichtlich der Laien-Synodalen hätte eine systematische Recherche mit Sicherheit noch so manches zu Tage gefördert. Die Ausführungen zum Einfluß der Staatssicherheit stehen somit auf schwachen Füssen. Auch wenn die Synode in ihrem Gesamtverlauf sicherlich nicht von außen gesteuert war, so bedarf das konspirative Geflecht der verdeckten Einflußnahme, der Stimmungsmache und subtilen Drohungen doch noch weiterer Aufklärung.

Aber auch so liefert die Darstellung ein bedrückendes Bild des immensen Aktivismus, den Partei und Staat zur Unterdrückung jeglicher kritischen Äußerung entfalteten. In die staatlich organisierte „Betreuung" der Synodalen war auch die CDU eingebunden, die nicht ohne Stolz mitteilte: Sie habe „im Vorfeld der Synode mit 53 Synodalen Gespräche geführt". Vor Ort informierte dann ein Sonderstab täglich den ZK-Sekretär Jarowinski über den Verlauf, der seinerseits Honecker unterrichtete. Noch während die Synode in Görlitz tagte, vernahm das Politbüro der SED den Zornesausbruch Honeckers: Sie stelle eine Störung des guten Verhältnisses von Staat und Kirche dar, was zur Absage eines bereits vereinbarten Spitzengespräches führte. An der Verhärtung des Klimas sollte sich nichts mehr ändern. Sie düpierte nicht zuletzt die Repräsentanten des kirchenpolitischen „Realismus", die dem Staat nicht zuviel zumuten wollten, und stärkte indirekt das Aufbegehren kritischer Basisgruppen. Die konfliktgeladenen Themen: Frieden, Umwelt, Menschenrechte ließen sich jedoch nicht wegdekretieren und standen im Februar 1988 erneut auf der Agenda: diesmal auf der 1. Ökumenischen Versammlung in Dresden.

Dresden Clemens Vollnhals